

PROTOKOLL ÜBER DIE SITZUNG
DES BAU- UND WEGEAUSSCHUSSES NEHMTEN

- öffentlich -

Sitzung: vom 29. August 2013
im Gemeindehaus Bredenbek
von 18:00 Uhr bis 20:30 Uhr

Unterbrechung: von 19:35 Uhr bis 19:45 Uhr (Ortsbesichtigung)

Gesetzliche Mitgliederzahl: 5

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 1 bis 5 Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse mit den lfd. Nr. 1 - 9.

Anwesend:

a) Stimmberechtigt:
GV Dr. Reinhard Knof
als Vorsitzender

GV Kurt Korbmacher
GV'in Petra Schuldt

BM Martin Herzog
BM Rüdiger Klamp

b) nicht stimmberechtigt:
Protokollführung: Herr Reimers, Amt Großer Plöner See
BGM Johannes Hintz, GV'in Melanie Kraft, GV Christoph von Fürstenberg-Plessen,
GV Ernst-Alexander Brüne, GV Hartmut Kraft; Herr Dipl.-Ing. Hauck (Ing.-Büro);
Zuhörer/innen: 7

Es fehlten: ./.

Die Mitglieder des Bau- und Wegeausschusses Nehnten waren durch Einladung vom 15.08.2013 zu Donnerstag, 29. August 2013 um 18:00 Uhr unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Der Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Ladung keine Einwände erhoben wurden.

Der Ausschuss war nach Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Tag, Zeit und Ort der Sitzung waren öffentlich bekannt gegeben worden.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

TOP 1**Verpflichtung und Einführung der bürgerlichen Ausschussmitglieder**

Der Vorsitzende verpflichtet die bürgerlichen Ausschussmitglieder Rüdiger Klamp und Martin Herzog per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

TOP 2**Niederschrift vom 04. September 2012 – öffentlicher und nichtöffentlicher Teil –**

Es gibt keine Einwände; die Niederschrift vom 04. September 2012 – öffentlicher und nicht-öffentlicher Teil – gilt somit als genehmigt.

TOP 3**Einwohnerfragestunde**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Da Herr Dipl.-Ing. Hauck noch einen Anschlusstermin hat, wird TOP 5 vorgezogen.

TOP 5**Kanalsanierungskonzept für die Gemeinde Nehnten, OT Sepel**

Herr Dipl.-Ing. Hauck stellt per Beamerpräsentation den Stand der Untersuchung dar. Es ergibt sich im Anschluss eine rege Diskussion über mögliche Sanierungsmaßnahmen. Herr Hauck bietet als grobe Kostenschätzung an, eine neue Leitung DN 300 mit den zehn Gullys in ca. 1,20 m Tiefe zu verlegen.

Änderung/Erweiterung der Tagesordnung:

Dringlichkeitsantrag durch den Vorsitzenden als neuen TOP 9 „Beteiligung der Gemeinden an bergrechtlichen Entscheidungen“.

dafür: 4**dagegen: 1****Enthaltungen: 0****TOP 4****Bericht des Vorsitzenden / des Bürgermeisters**

Der Vorsitzende berichtet über folgende Themen:

- Wasserprobe in Bredenbek (Braunfärbungen)
- Sande: RW-Einlauf abgekippt
- Klimafolgen in den Gemeinden

Der Bürgermeister berichtet über folgende Themen:

- Konstituierende Sitzung SUV
- Rettungswagen in Ascheberg
- Zensus
- Vermögensauseinandersetzung Amtsverwaltung
- Buswartehäuschen streichen
- Stromkasten streichen
- Wassergebundener Weg Godau

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

TOP 6**Wasserentnahmestelle in Sande**

Der Ausschussvorsitzende erklärt die Problematik. Anstatt die Pfähle mit dem Bagger zu setzen, sollen sie eingespült werden. Die Randarbeiten sollen mit einem kleinen Bagger erledigt werden. Terminlich ist der 28. und 29. September 2013 vorgesehen.

dafür: 5**dagegen: 0****Enthaltungen: 0****TOP 7****Kindergarten; Spielplatzgestaltung**

Der Ausschussvorsitzende verteilt Prospekte und verliest einen Vorschlag der Kindergärtnerinnen sowie einen Kostenvoranschlag eines Lieferanten.

Sitzungsunterbrechung von 19:35 Uhr bis 19:45 Uhr für eine Ortsbesichtigung.

Beschlussvorschlag an die Gemeindevertretung:

Kauf einer Vogelneestschaukel und Sandkiste mit Abdeckung für ca. 3.800 Euro Materialkosten sowie 1.200 Euro für anfallende Nebenarbeiten.

dafür: 5**dagegen: 0****Enthaltungen: 0****TOP 8****Wasserwerk Sepel; Dachsanierung**

Die Firmen Neumann, Nölting, Möller und Gill sollen ein Angebot abgeben.

dafür: 5**dagegen: 0****Enthaltungen: 0****TOP 9****Beteiligung der Gemeinden an bergrechtlichen Entscheidungen**

Der Ausschussvorsitzende erläutert die Problematik, und es wird über die Beschlussvorlage gesprochen.

Beschluss:

Der Bau- und Wegeausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, dem Beschlussvorschlag gemäß *Anlage* zu folgen.

dafür: 4**dagegen: 1****Enthaltungen: 0****TOP 10****Anfragen**

Herr Herzog:

Ist ein Werbeschild für den Campingplatz in Stadtbek möglich?

Der Bürgermeister sagt einen Ortstermin zu.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

Herr Kraft:

Der wassergebundene Radweg Bredenbek Richtung Dersau bis zur Holzbrücke ist ausgewaschen.

Der Bürgermeister sagt eine Prüfung zu.

Herr Schuldt:

Das Schild Spiegelberg fehlt noch.

Der Bürgermeister kümmert sich darum und wird dieses erledigen.

Herr Wellner:

Die Anbindung Wiesenweg sollte für Radfahrer besser einsehbar gemacht werden.

Der Bürgermeister wird mit dem Ordnungsamt die Möglichkeiten prüfen.

Frau Kraft:

Gemeindefahrt; es fehlen Anmeldungen.

Herr von Fürstenberg-Plessen:

Der Knick an der „Steinernen Brücke“ muss im Herbst ausgeputzt werden.

Herr Herzog:

Der Kreis Plön sollte angesprochen werden wegen Beschilderung und Baumersatz Radweg von Bosau.

Der Bürgermeister wird sich mit dem Kreis Plön in Verbindung setzen.

VORSITZENDER

Dr. Reinhard Knof

PROTOKOLLFÜHRER



Jörn Reimers

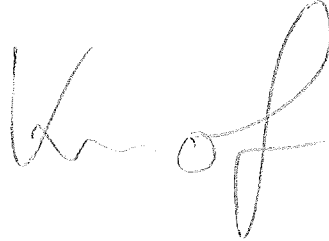
Anlagen zum Protokoll:

zu TOP 9: Dringlichkeitsantrag; Beschlussvorschlag

Dringlichkeitsantrag

Ich beantrage, die Beschlussfassung und Abstimmung über die Beteiligung der Gemeinden an bergrechtlichen Entscheidungen auf die Tagesordnung des Bau- und Wegeausschusses am 29.08.2013 mit aufzunehmen. Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass es kontinuierlich weitere Erlaubnisse und Bewilligungen gibt, ohne dass die Gemeinden vorab beteiligt werden.

Nehnten, den 29.08.2013

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Knof', written in a cursive style.

Beschlussvorlage

In Schleswig-Holstein sind für mindestens 20% der Landesfläche Erlaubnisse und Bewilligungen zur Aufsuchung bzw. Förderung von Kohlenwasserstoffen beantragt und teilweise erteilt worden, weitere könnten folgen. Diese bergrechtlichen Genehmigungen erfolgten ohne Beteiligung der betroffenen Kommunen, obwohl die Gemeinden zu den Behörden gehören, zu deren Aufgaben die Wahrnehmung öffentlicher Interessen im Sinne des § 11 Nr. 10 BBergG gehört und denen deshalb gemäß § 15 BBergG **vor** der Entscheidung über die Verleihung einer Bergbauberechtigung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben ist (BVerwG, 15.10.1998, 4 B 94/98). Dies gilt insbesondere dann, wenn das Ergebnis der Sachentscheidung dem materiellen Recht nicht entspricht, insbesondere, wenn wesentliche Teile des Gemeindegebiets einer durchsetzbaren eigenen Planung entzogen oder gemeindliche Einrichtungen erheblich beeinträchtigt werden (vgl. BVerwG, Urteile vom 16.12.1988 – BVerwG 4 C 40.86 – BVerwGE 81, 95 (BVerwG 16.12.1988 – 4 C 40/86), vom 15.12.1989 – BVerwG 4 C 36.86 – BVerwGE 84, 209 und vom 27.03.1992 – BVerwG 7 C 18.91 – BVerwGE 90, 96). Hierbei genießt die gemeindliche Planungshoheit den Schutz des Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG. Für die Notwendigkeit der Beteiligung der Gemeinden gelten die Vorschriften des VwVfG. § 54 Abs. 2 BBergG regelt speziell eine Beteiligungspflicht der Gemeinden, wenn deren Aufgabenbereich **berührt** ist. Die Beteiligungsschwelle ist sehr niedrig anzusetzen, und es steht der Bergbehörde nicht zu, eine Bewertung der Betroffenheit der Gemeinden vorzunehmen. Die Gesamtheit der betroffenen Gemeinden eines beantragten Gebiets (es reichen ca. 80% nach geltender Rechtslage), kann sich dabei zu einer Interessengemeinschaft zusammenschließen und muss angehört werden.

Im Kreis Plön erfolgten vom November 2009 bis März 2010 seismische Untersuchungen der Fa. RWE Dea AG, für die ohne Beteiligung der betroffenen Kommunen ein Betriebsplanverfahren erfolgte.

Die Erlaubnisverfahren bzw. die Erteilung der Erlaubnisse haben über § 12 Abs. 2 BBergG eine zumindest indirekte Bindungswirkung für bergrechtliche Bewilligungen. Die Bewilligung darf danach u.a. nur dann versagt werden, wenn die Tatsachen, die die Versagung rechtfertigen, erst **nach** der Erteilung der Erlaubnis eingetreten ist. Es dürfen somit keine Tatsachen mehr berücksichtigt (oder von den ggf. erst bei der Bewilligung beteiligten Gemeinden vorgebracht) werden, die in ihren Konturen bei der Entscheidung über die Erlaubnis bereits erkennbar waren oder bei entsprechender Nachforschung hätten erkennbar sein müssen (siehe hierzu Boldt/Weller zu §12 BBergG Rz. 9). Eine erteilte Erlaubnis unterliegt dem Schutz des Art. 14 GG. Deshalb wäre eine Anhörung erst nach Erlaubniserteilung für Einwendungen der Gemeinden in der Regel obsolet.

Die in Schleswig-Holstein erteilten Erlaubnisse und Genehmigungen erfolgten nach derzeitigem Kenntnisstand rechtswidrig. Es widerspricht den Zielen des BBergG, eine Erlaubnis zu erteilen, wenn wesentliche Teile des vom Antragsteller zu vertretenden Arbeitsprogramms nicht zulassungsfähig sind und dadurch die Aufsuchung nicht begonnen, nicht fortgesetzt oder nicht beendet werden kann. Somit bestand ein zwingender Versagensgrund des § 11 Nr. 3 BBergG.

Zu den konträr zum Bergbauvorhaben stehenden öffentlichen Interessen gehören laut BVerwG, 15.10.1998, Az.: 4 B 94/98 beispielsweise die Erfordernisse:

- des Naturschutzes und der Landschaftspflege,
- der Raumordnung und
- des Gewässerschutzes.

Durch die in Schleswig-Holstein geplanten Aufsuchungen und Förderungen von Kohlenwasserstoffen, auch in dem nur durch Fracking erschließbaren Posidonienschiefer und von Sandsteinschichten mit geringer Durchlässigkeit, sind durchgängig erhebliche negative

Einwirkungen auf Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu erwarten. Ein sicherer störungsfreier Betrieb derartiger Anlagen ist derzeit nicht möglich, wie die zahlreichen Schadensereignisse im Zusammenhang mit der Kohlenwasserstoffförderung in den USA, aber auch in Deutschland zeigen. Bei Anwendung der Fracking-Technik wäre zudem ein engmaschiges Netz an Bohrstationen nötig, die zu mehreren Anlagen je Quadratkilometer mit jeweils ca. einem Hektar asphaltierter/betonierter Fläche nebst Zufahrten notwendig machen würde. Dies würde einen unzulässigen Eingriff in die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege bedeuten und führt zwangsläufig zu einem Versagensgrund.

Für die bei einer Förderung von Kohlenwasserstoffen großen anfallenden Mengen an Formationswasser gibt es bis heute keine wirtschaftliche Möglichkeit der Wiederaufbereitung. Da eine Verpressung von derart großen Mengen an Formationswasser nicht zugelassen werden darf, wäre von vorne herein ersichtlich, dass eine ordnungsgemäße, wirtschaftliche Förderung nicht möglich ist. Auch das ist ein zwingender Versagensgrund.

Derzeit erfolgt für die gesamte Landesfläche Schleswig-Holsteins ein Raumordnungsverfahren. Vor Abschluss dieses Verfahrens sind bergrechtliche Erlaubnisse und Bewilligungen nicht zulässig, da sie die geplante Raumordnung einschränken können. Für den für die Aufsuchung und Förderung von Kohlenwasserstoffen notwendige Lkw-Verkehr sind insbesondere auch die Kommunen planungsberechtigt, so dass deren Planungshoheit betroffen ist, ohne berücksichtigt worden zu sein.

Bei seismischen Untersuchungen, Fracking und der Gasförderung werden mit hoher Wahrscheinlichkeit Erdbeben erzeugt, die im Norden Niedersachsens bereits die Stärke von 4,5 auf der Richterskala erreicht haben und auch noch in rund 100 km Entfernung Gebäudeschäden verursacht haben. Weder die Wasserversorgungsleitungen, Abwasser- und Regenwasserkanäle, historische Bausubstanz noch die Deichanlagen sind für Erdbeben der Stärke 4,5 auf der Richterskala ausgelegt. Da sich mehrere derartige Bauwerke flächendeckend in kurzer Entfernung zu allen Erlaubnis- und Bewilligungsfeldern Schleswig-Holsteins befinden, stehen in jedem beantragten Feld für die gesamte Fläche überwiegende öffentliche Interessen einer Erlaubnis entgegen.

§ 12 WHG regelt die materiellen Zulassungsvoraussetzungen für die Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis. Nach Abs. 1 ist die Erlaubnis zwingend zu versagen, wenn schädliche Gewässer Veränderungen zu erwarten sind. Die Behörde hat in diesem Fall kein Ermessen. Gefordert ist eine vorsichtige Prognose. Wenn nach menschlicher Erfahrung und nach dem Stand der Technik nicht von der Hand zu weisen ist, dass es zu einem Schadenseintritt kommen könnte, muss die wasserrechtliche Erlaubnis versagt werden. Das gilt auch für die unechte Gewässerbenutzung nach § 9 Abs. 2 Nr. 2 WHG. Für die wasserrechtliche Bewertung von Vorhaben jeglicher Art gilt der Amts Ermittlungsgrundsatz, der eine Behördenbeteiligung nahe legt. Zu den zu beteiligenden Behörden gehören auch die Kommunen, da zumindest die Möglichkeit der Berührung ihrer Planungshoheit gegeben ist. In Schleswig-Holstein beziehen die meisten Kommunen ihr Wasser aus eigenen Wasserwerken, die meist innerhalb oder am Rand der Gemeinden liegen. Hinzu kommen zahlreiche Brunnenanlagen für Privathaushalte, Gewerbe und Landwirtschaft. Hier gilt der wasserrechtliche Besorgnisgrundsatz uneingeschränkt, und zwar nicht nur im wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren, sondern auch im bergrechtlichen Betriebsplanzulassungsverfahren.

Die Wasserbehörde muss nach Form und Inhalt uneingeschränkt mit der von der Bergbehörde in Aussicht genommenen Entscheidung einverstanden sein, was voraussetzt, dass ihr die Unterlagen so vollständig vorliegen müssen, dass ihr eine ordnungsgemäße eigene Prüfung möglich ist.

Alle derzeit vorliegenden Gutachten in Deutschland fordern ein Fracking-Moratorium für die kommerzielle Erdöl- und Erdgasgewinnung, bis grundlegende Sicherheitsbedenken ausgeräumt wurden.

Beschlussvorschlag

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Die betroffenen Kommunen und Kreise bereits vor der Erteilung von bergrechtlichen Genehmigungen zu beteiligen.
2. Die Wasserbehörde anzuweisen, den wasserrechtlichen Besorgnisgrundsatz uneingeschränkt zu beachten. Der Wasserschutz muss höchste Priorität behalten.
3. Die Möglichkeiten des Abfallrechtes und des Bodenschutzes bei bergrechtlichen Genehmigungen vollumfänglich auszuschöpfen, um Umweltgefährdungen zu vermeiden.
4. Für entstehende Schäden als Auflage eine Beweislastumkehr vorzusehen. Daher sind vor der Betriebsplangenehmigung alle gefährdeten Gebäude, Trinkwasser-, Abwasser- und Regenwasserleitungen sowie sonstige gefährdete Bauwerke in ihrem derzeitigen Zustand zu dokumentieren. Nach seismischen Ereignissen gilt das gleiche für nicht einsehbare Bauwerke. Die Kosten trägt der Antragsteller/Rechteinhaber.
5. Bei zukünftigen bergrechtlichen Genehmigungen eine ausreichende Sicherheitsleistung von den Antragstellern zu fordern (§ 56 Abs. 2 BBergG). Als ausreichend wird z.B. eine Bankgarantie oder Versicherung angesehen, die sowohl mögliche Schäden an der Infrastruktur, wegfallende Steuereinnahmen und Gebühren sowie die Wiederherstellung beschädigter Gebäude, Gewässer und Landschaften vollständig ersetzen kann.
6. Für alle Antragsteller bergrechtlicher Genehmigungsverfahren eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchführen zu lassen und solchen Antragstellern jedwede Genehmigung zu verweigern oder zu entziehen, die weder über ausreichendes Eigenkapital verfügen, um etwaige Schäden beseitigen zu können, noch eine ausreichende Sicherheitsleistung erbracht haben.
7. Fracking in jeder Form so lange zu verbieten, bis ein wissenschaftlicher und technischer Stand erreicht ist, der Gefahren durch diese Technik sicher ausschließen kann.
8. Antragstellern jedwede Genehmigung zu verweigern oder wieder zu entziehen, die in den letzten drei Jahren für Unfälle bei Tiefenbohrungen, undichte Bohrlöcher, auslaufendes Flow-back oder Formationswasser verantwortlich sind. Hier ist die notwendige Zuverlässigkeit und Fachkunde offensichtlich nicht gegeben (§ 11 Abs. 6 BBergG).
9. Für jede Bergbautätigkeit in Schleswig-Holstein über den gesamten Zeitraum und eine angemessene Nachbeobachtungszeit eine umfassende, unabhängige, wissenschaftliche Überwachung anzuordnen (§ 66 Abs. 5 BBergG).
10. Keine Genehmigungen für das Verpressen von Flow-back und Formationswasser in den Untergrund zu erteilen. Bereits erteilte Genehmigungen sind, soweit zulässig, zu widerrufen. Keinesfalls dürfen derartige Genehmigungen verlängert oder erweitert werden.
11. Die Gemeinde Nehnten nimmt die Landesregierung für alle Schäden im Zusammenhang mit bergrechtlichen Genehmigungen in Haftung, wenn die Gemeinde nicht im vollen Umfang nach Recht und Gesetz im Vorwege beteiligt wurde oder Genehmigungen unter Verstoß gegen geltendes Recht erteilt wurden.
12. Die zuständigen Behörden für bergrechtliche Zuständigkeiten rechtlich einwandfrei festzulegen. Nachdem das MELUR auch für Bergrecht zuständig ist, soll das LLUR zuständiges Bergamt werden, um eine Überwachung der Bergbautätigkeiten in Schleswig-Holstein zu ermöglichen. Hierfür ist es entsprechend auszustatten.
13. Auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass das Wasser- und Bergrecht aufeinander abgestimmt werden und das Bergrecht modernisiert wird.

Der Bürgermeister der Gemeinde Nehnten wird ermächtigt, diese Interessen der Gemeinde gegenüber der Landesregierung zu vertreten.